

# Die ökologische Zweiklassengesellschaft

Von **Julia Schlüns**

**A**ngesichts der Verschärfung ökologischer Probleme, allen voran der voranschreitende Klimawandel, appellieren deutsche Umweltverbände immer eindringlicher auch an jeden einzelnen Bürger, seine Verhaltens- und Konsumweisen zu überdenken. Tipps zum Kauf und Bezug von umweltverträglichen Produkten und Dienstleistungen haben Hochkonjunktur, weil damit, so die berechtigte Hoffnung, ein notwendiger und sinnvoller Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung in diesem Land geleistet werden kann. Nach dem Motto: „Wir haben es in der Hand, welche Welt wir unseren Kindern hinterlassen“, wird der Einzelne in die ökologische Verantwortung genommen.

Es bleibt jedoch die Frage, welchen Bürgerinnen und Bürgern es überhaupt möglich ist, ihre Wohnungen energetisch nachzurüsten, Bio-Lebensmittel zu kaufen oder sich Energie sparende Elektrogeräte anzuschaffen? Wer ist wie stark davon betroffen, wenn beispielsweise die Pegel der Elbe steigen, wer vermag sich in welchem Umfang vor solchen Extremwetterereignissen zu schützen und in seinem Umweltverhalten anzupassen? Kurz: Wo werden Umweltprobleme auch zu Fragen der Gerechtigkeit?

Spätestens seit Beginn der Nachhaltigkeitsdebatte beginnen auch die Umweltverbände, sich nicht länger allein mit der Frage der Reduktion von Umweltbelastungen zu befassen, sondern auch damit, wie dies sozial gerecht geschehen kann. Sie wenden sich dabei allerdings meist direkt den ganz großen Gerechtigkeitsdimensionen zu. So fordern Organisationen wie der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Naturschutzbund Deutschland (NABU), die Lasten des Klimawandels und die Kosten des Klimaschutzes gerecht unter allen Ländern der Weltgemeinschaft aufzuteilen und sie auch den nachkommenden Generationen nicht überproportional aufzuladen. Nur selten wird der Blick dabei auch auf das eigene Umfeld gerichtet. Wie sollen sich hierzulande beispielsweise diejenigen Menschen, denen Geld und Informationen für die Anschaffung verbrauchsarmer Elektrogeräte fehlen, auf klimaschonende Lebensweisen umstellen?

Deutlichere Töne schlagen inzwischen Gesundheits- oder Verbraucherverbände an. So kritisiert der Geschäftsführer der Verbraucherrechtsorganisation „Foodwatch“, Thilo Bode, dass gegenwärtig rund 20 Millionen Menschen in der Bundesrepublik nicht über ausreichend Geld verfügen, um sich gesund und ökologisch verträglich zu ernähren. Auch die Umweltverbände

müssen sich daher fragen lassen, wie sie die Probleme für die ganze Weltgemeinschaft und sogar für zukünftige Generationen denn lösen wollen, wenn sie ihnen noch nicht einmal „zu Hause“ gerecht werden.<sup>1</sup>

### „Environmental Justice“ in den USA

In den Vereinigten Staaten wird schon seit den frühen 80er Jahren kontrovers darüber diskutiert, inwieweit Umweltschutz auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit ist. Dort hat sich sogar eine alternative Umweltbewegung zum Thema „Environmental Justice“ gebildet. In Abgrenzung zur traditionellen Umweltbewegung, die sich bis dahin ausschließlich auf Fragen des Schutzes der natürlichen Ressourcen und der menschlichen Gesundheit konzentriert hatte, nehmen sich die neuen Akteure der Frage an, wie sich Nutzen und Lasten des Umweltschutzes in der Bevölkerung verteilen.

Begonnen hat alles damit, dass Bürgerinnen und Bürger sozial benachteiligter Bevölkerungsschichten in ihren Gemeinden auffällig oft an Asthma oder Krebs erkrankten und angingen, Zusammenhänge zwischen der Sondermülldeponie in ihrer Nachbarschaft und ihrem niedrigen Sozialstatus zu vermuten. Unterstützt von Bürgerrechtsgruppen und Kirchengemeinden trugen sie ihren Protest auf die Straße und verlangten Aufklärung. Bald wiesen dann tatsächlich landesweite wissenschaftliche Studien überproportionale Umweltbelastungen bei Menschen aus den unteren Einkommensschichten nach. Besonders betroffen waren Afroamerikaner; man sprach daher auch von einem besonderen „Environmental Racism“, also von Umweltrassismus. Als die zahlreichen Bürgerinitiativen sich im Jahr 1991 erstmals zu einem landesweiten Treffen in Washington, D.C., trafen, mussten auch die traditionellen Umweltverbände beginnen, das Thema aufzugreifen und zudem (oft erstmalig) schwarze Mitarbeiter einzustellen.

In der Folge erreichte das Thema der Umweltgerechtigkeit auch die amerikanische Bundespolitik. So richtete die nationale Umweltbehörde EPA Anfang der 90er Jahre ein Büro für „Environmental Justice“ ein und begann, Maßnahmen zu initiieren; zahlreiche Bundesstaaten zogen nach. 1994 unterzeichnete der damalige Präsident Bill Clinton einen Erlass, der jede Bundesbehörde dazu aufforderte, die Auswirkungen ihrer eigenen Programme auf die Gesundheit und Umweltqualität der Minderheiten zu prüfen. Obgleich das Thema auf nationaler Ebene von der Bush-Regierung nicht weiter verfolgt worden ist, hat die Bewegung in den letzten Jahren in zahlreichen Fällen auf lokaler Ebene die natürlichen Ressourcen marginalisierter Gemeinden schützen oder die öffentlichen Gesundheitsdienste verbessern können.<sup>2</sup>

1 Thilo Bode im Interview, in: „die tageszeitung“ (taz), 21.1.2008; vgl. Thilo Bode, Die ganz alltägliche Vergiftung, in: „Blätter“, 11/2007, S. 1315-1330 sowie Heike Walk, Wo bleibt die Klimabewegung? In: „Blätter“, 11/2007, S. 1374-1381; vgl. auch Julia Schlüns, Umweltbezogene Gerechtigkeit in Deutschland, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 24/2007, S. 25-31.

2 Durch die Passivität der Bush-Regierung sind die Bundesstaaten zu Vorreitern des Umweltschutzes geworden; vgl. Danyel Reiche, Vom Schmutzkind zum Öko-Pionier? Die Neuausrichtung der US-Energiepolitik, in: „Blätter“, 3/2007, S. 341-347.

### (K)ein Thema für Deutschland?

In der Bundesrepublik gibt es Probleme dieser Art und Dimension nicht. Dennoch verschärfen sich die Umweltprobleme, insbesondere durch den Klimawandel, hier ebenfalls. Es ist daher von großer Bedeutung, dass beim Umgang mit den Veränderungen nicht nur meteorologische, sondern auch soziale Größen eine Rolle spielen. Wird sich das Land aufspalten in diejenigen, die sich an den Klimawandel anpassen können, und diejenigen, die dazu keine Möglichkeit haben? Tatsache ist: Gesundheitliche und materielle Belastungen durch Umweltschäden nehmen mit sinkendem Sozialstatus (Einkommen, Bildung, Beruf) generell zu. Beim Klimawandel zeigt sich bereits heute, dass Bürgerinnen und Bürger, die sich nur schwer an die Folgen für Mensch und Natur anpassen können, überproportional belastet sind. Dazu zählen Ältere, Kinder und gesundheitlich vorbelastete Menschen. Sie leiden stärker unter heißen Sommermonaten oder Extremwetterereignissen und sind anfälliger für neue Krankheitserreger und -überträger, die die Temperaturerwärmung mit sich bringt. Aber vor allem sind untere soziale Schichten insgesamt stärker belastet oder werden es künftig sein – nicht zuletzt deshalb, weil Armut und Unkenntnis ihre Möglichkeiten einschränken, sich mit den erforderlichen technischen und baulichen Maßnahmen sowie Gesundheitsdienstleistungen gegen Hitze oder Stürme zu schützen. Die Hitzewelle 2003 mit vermutlich über 25 000 bis 35 000 hitzebedingten Todesopfern in Europa, davon allein 7 000 in Deutschland, hat verdeutlicht, wie anfällig die Menschen sind, wenn sie auf solche Ereignisse nicht vorbereitet sind.<sup>3</sup>

Am Beispiel Feinstaub zeigt sich besonders eindringlich, dass sozial Schwache nicht nur gesundheitlich, sondern vielfach auch materiell und immateriell stärker von Umweltbelastungen betroffen sind als ihre besser gestellten Mitbürger. Zum einen wohnen, wie eine aktuelle repräsentative Studie zu Umweltbelastungen von Kindern in Deutschland nachweist, einkommensschwächere Personen häufiger an verkehrsreichen Straßen, wo die Mieten günstiger sind; sie sind damit überdurchschnittlich von der gesundheitsschädigenden Luftbelastung betroffen.<sup>4</sup> Zum anderen fehlt ihnen vielfach das Geld, sich ein schadstoffarmes Auto anzuschaffen oder ihr Auto gemäß der neuen Feinstaubverordnung mit Partikelfiltern nachzurüsten, um weiterhin in die vielerorts zur Umweltzone erklärten Innenstädte fahren zu können. Damit ist ihre Mobilität, ein wesentlicher Garant der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, spürbar eingeschränkt. Ist, vor diesem Hintergrund, die für die Nachrüstung angebotene finanzielle Hilfe vom Staat angemessen? Wird man hiermit den Mobilitätsbedürfnissen gerecht? Offensichtlich gehören diese Fragen auch zum Thema Umweltschutz.

Potenziert werden derartige Probleme noch dadurch, dass überproportional hohe Umweltbelastungen für den Einzelnen häufig mit unterdurchschnittlich

3 Michael Hübler und Gernot Klepper, Kosten des Klimawandels. Die Wirkung steigender Temperaturen auf Gesundheit und Leistungsfähigkeit, WWF-Deutschland, Frankfurt a. M. 2007.

4 Informationen zu dem noch in der Auswertungsphase befindlichen Kinder-Umwelt-Survey 2003-2006 unter [www.umweltbundesamt.de/gesundheit/survey/us03/uprog.htm](http://www.umweltbundesamt.de/gesundheit/survey/us03/uprog.htm).

geringem *Umweltnutzen* zusammenfallen. Umweltgüter wie Nahrungsmittel oder Energie (für Strom, Heizung und Mobilität) sind höheren sozialen Schichten einfacher zugänglich als unteren sozialen Schichten. Dies gilt erst recht für ihre ökologisch und sozial verträglichen Varianten, weil derartig produzierte Waren in der Regel teurer sind als konventionell hergestellte Produkte.

Unbestritten ist, dass im hoch entwickelten Industrieland Deutschland aus ökologischer Perspektive *insgesamt* zu viele Umweltgüter verbraucht werden. Gerechtigkeitsrelevant ist dabei jedoch, dass zu dieser Übernutzung keineswegs alle gleichermaßen beitragen. Denn die zunehmend knapper werdenden Ressourcen werden teurer, was – aus ökologischer Sicht sinnvoll – ihre sparsame Verwendung auslösen soll. So aber sind auch hier zahlungskräftige Bürgerinnen und Bürger im Vorteil – und tragen häufig besonders stark zur Übernutzung des gemeinsamen Umweltraumes bei. Es ist ein Dilemma, dass ausgerechnet die sozialen Milieus, in denen das höchste Umweltbewusstsein sowie die beste Bildung und Einkommenslage vorhanden sind, den höchsten Ressourcenverbrauch aufweisen. Die Mitglieder dieses Milieus denken durchaus umweltverantwortlich, konsumieren jedoch nicht entsprechend, was beispielsweise die Wahl der Automarke belegt. Sozial Schwache hingegen können zur Bewältigung erhöhter Kosten kaum auf Rücklagen zurückgreifen, weil sie mit ihrem geringen Einkommen zumeist ohnehin kein Geld ansparen konnten. Ihnen bleibt lediglich, ihren Konsum zu reduzieren, und dies bedeutet: eine weniger warme Wohnung im Winter oder weniger Spielraum bei der Alltagsmobilität. In Deutschland spiegelt sich somit die globale Situation wider: Rund 20 Prozent der Bevölkerung verbrauchen rund 80 Prozent der Ressourcen.<sup>5</sup>

### **Das Problem der Energiearmut**

In einem so reichen Land wie der Bundesrepublik darf es keine Energiearmut geben – das zumindest fordert Bundesumweltminister Sigmar Gabriel. Das international und vor allem in den Ländern des Südens bereits anerkannte Problem der Energiearmut bezeichnet den mangelnden Zugang zu adäquaten, bezahlbaren und umweltfreundlichen Energiedienstleistungen. In den Entwicklungsländern des Südens wird dieses Problem bereits seit den 70er Jahren diagnostiziert. Nach Schätzungen der Internationalen Energieagentur haben dort derzeit rund 1,6 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Elektrizität. Für diese Menschen endet der Tag beträchtlich früher, weil es ihnen an Beleuchtung mangelt. Sie können Essen und Medizin nicht frisch halten, weil ihnen Kühlgeräte fehlen. Verfügen sie darüber hinaus auch nicht über Energie zum Heizen und Kochen, sind sie auf Holz, Dung oder einfache Pflanzenreste angewiesen. Für die rund 2,4 Milliarden Betroffenen bedeutet dies beispielsweise, dass sie jeden Tag viele Stunden allein damit verbringen, Brennstoff zu sammeln. Diese Zeit wiederum fehlt ihnen für Bildung oder Landbau; zugleich

5 Vgl. Christa Liedtke u.a., Ressourcenschonung durch lebensstilorientierte Bildung, in: Jahrbuch Ökologie 2008, München 2007, S. 142-153.

schreitet durch die Abholzung die Entwaldung ihrer Ökosysteme weiter voran. Die Nutzung von Biomasse für die grundlegende Wärmeversorgung hat darüber hinaus ebenfalls dramatische Auswirkungen: Etwa 1,3 Millionen Menschen sterben jährlich an dem Qualm ihrer Heizöfen in den Häusern.<sup>6</sup>

Verglichen damit scheinen die Probleme des mangelnden Zugangs zu Energie in den Industrieländern des Nordens bislang überaus gering. Doch im Zuge der steigenden Energiepreise wächst auch hier die Energiearmut. Auch in der Bundesrepublik sind die Energiekosten in den letzten Jahren nicht unwesentlich gestiegen. Und so schränken bereits heute die Kosten für Fernwärme, Heizöl, Gas, Strom und Treibstoff den Lebensalltag vieler Bürgerinnen und Bürger erkennbar ein. Zugleich liegt es weitgehend außerhalb ihrer Möglichkeiten, den eigenen Energieverbrauch wesentlich zu beeinflussen. Besonders betroffen sind Menschen in Armutshaushalten, das heißt Hartz-IV-Empfänger, überschuldete Haushalte und Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Hartz-IV-Empfänger erhalten zwar pauschale Heizkostenzuschüsse, und die Stromkosten sind anteilig im Regelsatz enthalten. Trotz dieser Transferzahlungen stellen die gestiegenen Energiekosten jedoch auch für sie zusätzliche finanzielle Belastungen dar.<sup>7</sup>

Die Gründe dafür sind vielfältig: Zum einen werden von den öffentlichen Haushalten lediglich „angemessene“ Heiz- und Stromkosten übernommen, was den Kommunen einen Interpretationsspielraum lässt, den sie aufgrund ihrer notorischen Budgetknappheit häufig zu Ungunsten der Leistungsempfänger ausnutzen. Die festgelegten Obergrenzen pro Quadratmeter Wohnfläche reichen dann oft nicht aus, um die Wohnung ausreichend zu heizen. Zweitens, und von Seiten verschiedener Wohlfahrtsverbände bereits kritisiert, haben die Strompreiserhöhungen der letzten Jahre bislang nicht zu einer Anpassung der Regelsätze geführt. Ein anderer, aus ökologischer Sicht besonders folgenschwerer Aspekt dieser Regelung ist, dass für die Leistungsempfänger bislang weder bei der Übernahme der Heiz- noch der Stromkosten Anreize bestehen, Energie und Kosten einzusparen. Außerdem wird nicht berücksichtigt, dass sich Erwerbslose meist länger in ihren Wohnungen aufhalten als Menschen, die in Lohn und Brot stehen und tagsüber die an ihrem Arbeitsplatz anfallende Energie in Anspruch nehmen können.

Generell geben Menschen in Armutshaushalten zudem einen größeren Anteil ihres Budgets für Energie aus als die bessergestellten Bevölkerungsgruppen. Während die Ausgaben für Haushaltsenergie (Wärme und Strom) bei dem ärmsten Zehntel aller Haushalte derzeit durchschnittlich 8,4 Prozent des verfügbaren Nettoeinkommens ausmachen, liegen sie für das reichste Zehntel lediglich bei 2,8 Prozent.<sup>8</sup> Im relativen Vergleich bleiben also den Ärmern weniger Mittel für andere Konsumgüter und Lebensmittel als ihren

6 Vgl. Fatih Birol, Energy Economics: A Place for Energy Poverty in the Agenda? In: „The Energy Journal“, 3/2007.

7 Vgl. Elke Dünhoff u.a., Energiekostenanstieg, soziale Folgen und Klimaschutz. Endbericht, Heidelberg und Frankfurt a. M. 2006.

8 Christian Bergs u.a., Auswirkungen stark steigender Preise für Öl und Gas auf Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW. Kurzstudie für das Finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut (FiFo) an der Universität Köln, 2007.

bessergestellten Mitbürgern. So gewinnt das Thema Energiekosten auch hierzulande zunehmend an sozialer Brisanz. Eine Forsa-Umfrage aus dem Jahr 2006 hat ermittelt, dass knapp zwei Drittel der befragten Haushalte sich um steigende Heizkosten sorgen; bei Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1000 Euro sind es sogar 76 Prozent. Bundesweit werden jährlich etwa 840 000 Haushalten Strom und Gas komplett gesperrt, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen können.<sup>9</sup>

Entscheidend für die Frage der Gerechtigkeit ist, dass die Betroffenen wesentliche Determinanten ihres Umweltverbrauches – wie den Zustand ihres Wohngebäudes, die Art der Warmwasserbereitung, (nicht) bestehende Anreize zum Energiesparen oder das Angebot an Energieberatungen – selbst kaum unmittelbar beeinflussen können. Schließlich trifft auch der Vorwurf, dass der Energieverbrauch in ihrem eigenen Verhalten begründet sei, häufig schlicht nicht zu, denn die schlechte technische Ausstattung ihrer Wohnungen oder ihr eigenes ungünstiges Verbrauchsverhalten sind zumeist durch knappe finanzielle Kapazitäten oder durch mangelnde Informations- und Bildungsangebote bedingt.

Es gibt allerdings erste Ideen und Modellprojekte, um der zunehmenden Energiearmut zu begegnen. Zunächst bieten viele Institutionen Energieberatungen an, so die Verbraucherzentralen, Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Mietervereine, Arbeitsloseninitiativen und auch Umweltverbände. Darüber hinaus gibt es erste Modellversuche, Schuldnerberatungen an Energiesparberatungen zu koppeln (teilweise auch in türkischer Sprache) oder Langzeitarbeitslose zu Energieberatern für Haushalte mit geringem Einkommen zu qualifizieren. Ein anderer Ansatz sind gesonderte Stromtarife. So hat Eon Bayern bereits im September 2006 einen speziellen „Sozialtarif“ für Einkommensschwache eingeführt; andere Anbieter erwägen, diesem Schritt zu folgen.

In enger Verbindung mit der Energiearmut stehen auch Probleme hinsichtlich einer nachhaltigen und gesunden Ernährung. Denn angesichts des Klimawandels werden zur Gewinnung von Strom und Benzin zunehmend fossile durch erneuerbare Energieträger ersetzt, zu denen Pflanzen wie Raps, Mais, Getreide oder Zucker gehören. Dadurch kommt es zu einer wachsenden Konkurrenz zwischen Energiepflanzen und Nahrungsmittelproduktion, was die Lebensmittelpreise spürbar in die Höhe treibt. Auch hierzulande werden es vor allem sozial Schwache sein, die kaum mehr einen Spielraum für höhere Lebenshaltungskosten haben. So hat das Dortmunder Forschungsinstitut für Kinderernährung jüngst ermittelt, dass das Arbeitslosengeld II bereits jetzt nicht ausreicht, um Kinder und Jugendliche mit ausgewogener, gesunder Kost zu ernähren: „Kinder und Jugendliche aus niedrigen sozialen Schichten leiden heute zwei- bis dreimal so häufig unter Fettleibigkeit wie besser situierte Altersgenossen.“<sup>10</sup> Dabei spielen, wie die zu Beginn dieses Jahres von Bundesverbraucherminister Horst Seehofer vorgestellte nationale Verzehrstudie

9 Forsa, Meinungen zum Thema Heizkosten und erneuerbare Energien. Telefonische Befragung vom September 2006; „Energiewirtschaftliche Tagesfragen“, 8/2006, S. 14-16.

10 Mathilde Kersting, Arbeitslosengeld II reicht nicht für gesunde Kinderernährung. Dortmunder Forschungszentrum für Kinderernährung, 2007.

bestätigt, nicht allein Geld und Einkommen eine Rolle, sondern auch Bildung und Informationsmöglichkeiten. Unter den Studie befragten Personen mit Hauptschulabschluss fanden sich fast doppelt so viele Übergewichtige wie bei den Personen mit einer Fachhochschul- bzw. Hochschulreife.<sup>11</sup>

### Nur Schall und Rauch?

Umweltschutz lässt sich ohne die Frage der Gerechtigkeit heute nicht mehr denken. Obgleich wir in der Bundesrepublik (noch) keine derart polarisierten Verhältnisse wie in den USA vorfinden, sollten es die Umweltverbände nicht dazu kommen lassen, dass sich die Gesellschaft aufspaltet in diejenigen, die die Naturressourcen nutzen und sich und die Umwelt schützen können, und diejenigen, denen dies verwehrt bleibt. Denn jede Bürgerin und jeder Bürger hat ein Recht auf einen angemessenen, nachhaltigen Lebensstil und auf körperliche Gesundheit.

Es steht außer Frage, dass sich die Umweltverbände mit globaler Klimagerechtigkeit und ökologischer Zukunftsgerechtigkeit bereits für zentrale Gerechtigkeitsfragen des Umweltschutzes einsetzen. Doch darf dieses Engagement nicht dazu führen, den Bürgerinnen und Bürgern hierzulande einen lieblosen Zweiklassen-Umweltschutz zu bieten, der in erster Linie denen nützt, die ihn sich leisten können und über die nötigen Informationen verfügen. Die Umweltverbände sollten sich stärker als Stimme der ganzen Gesellschaft verstehen und bei der Lösung der keineswegs geringen ökologischen Probleme nicht die soziale Schieflage im eigenen Land ausklammern. Sonst bleiben auch die großen Appelle, sich umweltgerecht zu verhalten, nur Schall und Rauch.

11 Max-Rubner Institut, Nationale Verzehrstudie II. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, 2008.

## Weiterblättern...

2/2008

**Ernst Ulrich von Weizsäcker**  
Klima, Ressourcen und Krieg

12/2007

**Hermann E. Ott**  
Was bringt Bali?

11/2007

**Thilo Bode**  
Die ganz alltägliche Vergiftung

11/2007

**Heike Walk**  
Wo bleibt die Klimabewegung?

9/2007

**Jochen Stay**  
Atomkraft: Vom Konsens  
zum Störfall

7/2007

**Hauke Ritz und Otto Wiesmann**  
Peak Oil: Der globale Krieg ums Öl

7/2007

**Bärbel Höhn**  
Klimaschutz mit EON, RWE & Co.